

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Die Zeitungsdruckerei des Wilsdruffer Tageblattes ist am 1. Juli 1921 in die Hände der Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft übergegangen. Die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft hat den Verleger seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft übertragen.



Informationsblatt für die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft über deren Namen, Lokalisation, Postfachkonto, etc. Bei Veränderung und Jahresauftrag ersuchen die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft im amtlichen Teil der Zeitung die 2. polnische Korrespondenz 5 Wilsdruff, Auftragsnummer bis zum 1. Juli 1921, für die Lieferung der Zeitung übermitteln. Übernehmen wir keine Verantwortung für die Lieferung der Zeitung, wenn der Betrag durch die Wilsdruffer Zeitungsgesellschaft nicht rechtzeitig eintrifft.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 148.

Dienstag den 28. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, die Ferkelmärkte in dieser Stadt wieder in der früheren Weise stattfinden zu lassen. Das Stättgeld soll 1 Mark für den Ferkel betragen. Der nächste Ferkelmarkt soll am Freitag den 1. Juli 1921 stattfinden. Wilsdruff, am 26. Juni 1921.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Am 28. Juni beginnen in Paris die Verhandlungen zwischen den deutschen Vertretern Bergmann und Guggenheimer und dem französischen Minister Loucheur über den Wiederaufbau.
- * Dem Bernheim nach ist zum Nachfolger des zurückgetretenen Reichskommissars für die besetzten Gebiete, von Starb, der bisherige Weisheitskommissar für Oberschlesien, Kurt Hagedorn, angetreten.
- * Nach achtjähriger Unterbrechung findet in diesem Jahre, und zwar vom 27. bis 30. August in Frankfurt a. M., wieder ein Katholikentag statt.
- * Der Völkerverbund in Genf erkannte die Souveränität über die Inseln Finnland zu.
- * Der Jahreskongress der ersten Völkerverbundversammlung wurde durch eine große Kundgebung in London geleitet. Unter anderem nahmen Erzbischof von Canterbury und Lord Robert Cecil das Wort.
- * Das amerikanische Staatsdepartement teilt mit, daß Amerika die Absicht habe, ein amerikanisches Konsulat in Somoza zu errichten. Es wird erklärt, daß dies die Anerkennung Somozas mit sich bringe.
- * Amtlich wird aus Tokio gemeldet, daß die Bolschewiken die japanischen Truppen bei Nikolajew angegriffen haben. Die japanischen Truppen sollen große Verluste erlitten haben.

Handelsverkehr mit Rußland?

Die Reichsregierung wird, so wurde dieser Tage gemeldet, den bisherigen Leiter der Außenhandelsstelle, Ministerialdirektor Wiedenfeld, als deutschen Vertreter nach Moskau entsenden. Diese Nachricht ist das deutliche Zeichen für die Änderung, die in der Auffassung der russischen Verhältnisse nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen europäischen Staaten eingetreten ist. Sie berichtet nicht von einem durchaus neuen Ereignis, denn es haben in den letzten Wochen und Monaten so viele Verhandlungen mit russischen Regierungsstellen stattgefunden, daß der Schritt der Reichsregierung eigentlich zu erwarten war. Einen Anstoß zu der Eröffnung des Verkehrs mit den Sowjets hat zweifellos die von der englischen Regierung vorgenommene Anbahnung eines englisch-russischen Handelsaustausches gegeben, dann folgten die ersten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der russischen Vertretung in Berlin, es folgten die Beschlüsse des Reichstages über die Einsetzung eines deutschen Industrieministers in Riga, Kiew und mehreren anderen Städten, die als Beobachtungsstellen gedacht sind. Zwischen durch hatten andere internationale Abmachungen mit Rußland stattgefunden, war vor allem ein Handelsabkommen mit der Schweiz zustande gekommen und wurde mit Italien über eine ähnliche Vereinbarung verhandelt.

Die deutsche Regierung hatte bis dahin den Standpunkt eingenommen, keinen Vertreter nach Moskau entsenden zu können, ehe nicht eine offizielle Genehmigung für die Ernennung des deutschen Gesandten Grafen Wrach erfolgt sei. Aber auch hier mußte wieder das Nachdenken über die deutsche Machtlosigkeit zu der Einsicht führen, daß wir eine solche Genehmigung doch nicht erzwingen könnten, daß aber das Festhalten an der rein formalen Forderung uns ins Hintertreffen gegenüber den Ländern bringen könnte, die bereits Handelsverkehr mit Rußland aufgenommen haben, vor allem gegenüber England. So fand man schließlich den Ausweg, einen künftigen Sonderdelegierten, nicht einen offiziellen Vertreter des Reiches, zu entsenden. Es ist bezeichnend, daß man einen aus gesprochenen Wirtschaftspolitiker, nicht einen Diplomaten, für diesen Posten auswählte.

Es erscheint nun fraglich, ob die vorgenommene Schritte überhaupt lohnend erscheinen können. Die Zahlen, die aus Sowjetrußland über die Produktion der russischen Industrie und Landwirtschaft gekommen sind, können kaum als eine Ermüdung zum Beginn eines Handelsverkehrs angesehen werden. In allen Gewerbebezügen wurde ein außerordentlicher Rückgang der Erzeugung festgestellt. Aber der Handel mit Rußland ist ja in erster Linie als ein Ein- und Ausfuhrhandel für das an den notwendigen Industrieerzeugnissen mangelnde russische Volk gedacht. Zunächst wird es darauf ankommen, das russische Transportwesen zu heben, dann aber auch die Industrie mit Arbeitsmitteln anzuknüpfen. Man hat hier die Hoffnung, daß solche Lieferungen dem zusammengebrochenen russischen Staat neue Lebenskraft geben und vor allem die Arbeitskraft seiner Wiederkonstruktion heben können. Bis jetzt haben die Sowjetdelegierten, die sich in Deutschland befinden, alle ihre Einkünfte in fremden Devisen oder in Goldrubeln behalten, und dieses Barzahlungsverfahren wird auch beibehalten werden müssen, so lange die Schwäche der russischen Produktion einen Austauschhandel nicht ermöglicht.

Er bliebe übrig die Frage zu prüfen, ob man sich überhaupt mit der Räteregierung in Beziehungen einlassen soll, die vielleicht wieder zu einer Verstärkung der bolschewistischen Agitation in Deutschland und damit zu einer neuen Benachteiligung des inneren Wirtschaftslebens führen könnten. Auch hier ist wohl die Rücksicht darauf maßgebend gewesen, daß man sich von dem englischen Niveau nicht überholen lassen will. Zwar liegen die Verhältnisse in Deutschland, wegen seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu Rußland, wesentlich anders als in England, aber in der letzten Zeit sind aus Rußland Meldungen gekommen, die auf eine Änderung der jetzt dort herrschenden Regierungsgrundsätze schließen lassen. Man darf natürlich solche Meldungen nicht überschätzen. Auch wenn Lenin, der bekanntlich eine gemäßigtere Richtung in seiner Politik gegen den Widerstand der Radikalen um Trotzki eingeschlagen hat, erklärt, er habe die Hoffnung auf eine baldige Weltrevolution aufgegeben, wird doch die „Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft“ weiter eine Rolle in der sowjetrussischen Politik und Agitation spielen. Aber gleichzeitig mit der Schwächung der offiziellen russischen Politik haben auch die Widerstände des russischen Volkes gegen das jetzige Regime zugenommen. Und das ist die Hoffnung, die man auf eine Wiederanbahnung der Beziehungen setzen muß: Die Hoffnung, daß mit einer Stärkung der Volkskräfte, die von der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit einiger Sicherheit zu erwarten ist, schneller als man erwartet, eine Konsolidierung Rußlands eintreten kann.

Briands erneute Kampfreden.

Sanktionen und Teilung Oberschlesiens.
Der französische Ministerpräsident hat vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Paris eine Rede gehalten, die für Deutschland im Osten und im Westen das allergrößte Interesse bedeutet. Wenn sich der Inhalt seiner Ausführungen bewahrt, woran man nach allen früheren Erfahrungen kaum zweifeln darf, so ist England wieder einmal umgefallen und die französische Außenpolitik hat wieder einen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen.

Briand sprach, wie aus Paris gedruckt wird, der Reihe nach über die zur Ausführung des Versailler Vertrages getroffenen „Sanktionen“, über die Maßnahmen, die dazu dienen sollen, in Deutschland den Verbungen für die oberhalb des Freikorps ein Ende zu machen, über die Entwaffnung Deutschlands, über die Wiedergewinnung der Besprechungen bezüglich der „Wiedergewinnung“, über die seitens der alliierten Regierungen mit Griechenland und der Regierung von Argona eingeleiteten Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens im nahen Osten und schließlich über die Ergebnisse der Besprechungen, die der Ministerpräsident am vergangenen Sonnabend und Sonntag mit Lord Curzon in Paris gehabt hat.

Was die Frage der „Sanktionen“ anlangt, hob Briand besonders hervor, daß ihm die Aufrechterhaltung und so nötiger erscheine, als dadurch das Kabinett Briand, das sich auf die wahrhaft demokratischen Elemente im Reich stütze, gestützt werde. Wenn die „Sanktionen“ bereits jetzt aufgehoben würden, würde dies nur den alldeutschen Elementen zugute kommen. Die Alliierten seien deshalb darin einig, daß die von den französischen Truppen besetzten Gebiete nicht geräumt würden.

Was Oberschlesien anlangt, so bestätigte Briand seine früheren Mitteilungen vor dem Senatsausschuß, daß nämlich der englische Standpunkt sich dem französischen annähert habe, und daß auch die italienische Regierung der französischen Entscheidung zustimme.

Briand drückte die Hoffnung aus, daß die Teilung Oberschlesiens nach dem Versailler Vertrag vor sich gehen und das Industriegebiet an Polen fallen werde.

Er erklärte ferner, daß auch die Vereinigten Staaten dem französischen Standpunkt zustimmen würden.

Beginnende Räumung Oberschlesiens.

Deutsche Beschwerden gegen Polen.

Die Räumung Oberschlesiens ist nunmehr folgendermaßen vereinbart worden: Die Polen sollen bis zum 28. Juni die erste Zone einschließlich der Städte Hindenburg und Gleiwitz geräumt haben, vom 30. Juni bis 3. Juli ist dem Selbstschutz Zeit gegeben zur Zusammenziehung der Truppen in der Gegend von Leobschütz und Kreuzburg. Am 2. Juli beginnen die Polen mit der Räumung der 2. polnischen Zone, bis zum 3. Juli soll die 3. polnische Zone einschließlich Beuthen geräumt sein. Der 5. Juli ist als der Tag vorgegeben, an dem sowohl die polnischen Insurgenten die Landesgrenze, als auch der Selbstschutz die oberhalb der mittelschlesischen Grenze überschritten haben muß.

Mobilmachung des offiziellen Polens.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß die Polen an der polnischen Grenze starke Truppenmassen angesammelt haben, um sie im gegebenen Augenblick in Oberschlesien zu verwenden. Bisher sind die beim Aufruf in Oberschlesien verwendeten Kongresspolen und Posener Polen an der Grenze in Zivil umgewandelt und auf diese Weise zu „Oberschlesiern“ gemacht worden, wodurch man die „spontane Erhebung“ herbeigeführt hat. Auf alle Fälle aber sind auch militärische Vorbereitungen für den Fall getroffen worden, daß Polen offiziell in Oberschlesien eingreifen kann. Von zuverlässiger Seite liegen folgende Angaben über die polnischen Truppenansammlungen an der Grenze vor: In Gzenstochau liegt die 9. Kavalleriedivision (4500 Mann stark), eine Panzerabteilung, bestehend aus 4 Panzerlokomotiven und 20 Panzerwagen, im Dorfe Bierka 2 Kilometer östlich Gzenstochau steht das 7. Artillerieregiment, in Neu-Bendzin (zwischen Dombrowa und der polnischen Grenze) steht ein Autopark von insgesamt 4000 Panzer-, Personen- und Lastautos, in Alt-Bendzin steht ein Panzerregiment und das 15. Kavallerieregiment, in Sosnowice liegt das 26. Infanterieregiment, ein Grenzbatallion und das 3. Kavallerieregiment, 3 Kilometer östlich von Sosnowice die 7. Infanteriedivision. Bei Dzierz (nördlich von Biava bis südlich der oberhalb der Grenze) und Schwarzwasser stehen 4 Kavallerieregimenter und 2 Infanteriedivisionen.

Wegen der bisherigen Beteiligung der offiziellen Polen an dem oberhalb des Aufstandes hat die deutsche Regierung an die Konferenzkonferenz, sowie an die Regierungen in Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß die Teilnahme folgender polnischer Truppenteile einwandfrei festgestellt ist: Jostbatallion 5 (früher Stappenball, 4. III), Inf.-Regt. 27, 58, 73, 115, radio-telegraphisches Bat., 23. Telegraphen-Bat., III.-Regt. 15. Gefangene haben ferner ausgesetzt, daß auch geschlossene polnische Truppenteile nach Oberschlesien geschickt wurden, von denen das II. Bat. Inf.-Regt. 27 und ein Bat. des III.-Regts. 15 genannt werden. Es besteht auch eine militärische unterirdische Fernspreerverbindung von Sosnowice nach dem oberhalb des Gebietes. Die angebliche Sperrung der polnischen Grenze scheint in der Tat nicht.

Sue Ergreifen in Rußland.

In Rußland ist eine Kompanie polnischer Pioniere zu Aufklärungsarbeiten eingetroffen. Die von den Polen aus Rußland der Antikommunisten verhafteten Deutschen wurden freigelassen, da selbst die Insurgenten sich von der völligen Schuldslosigkeit der Verhafteten überzeugen haben. Südlich Gzelen, in der Nähe von Klein-Konka, hat sich ein heftiger Zusammenstoß zwischen italienischen Truppen und polnischen Insurgenten ereignet.

Sorgen der oberhalb des Arbeiters.

Der Sonderberichterstatter des „Populaire“ in Oberschlesien schreibt: Die deutschen Arbeiter in Oberschlesien fragten sich mit Schrecken, ob die Kohlen der deutschen Gewerkschaften nach der Vereinigung mit Polen werden erhalten bleiben. Diese deutschen Gewerkschaften seien die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, die Arbeitslosenunterstützung, der W.-Stundentag, die Betriebsräte, die Verpflichtung zum Kollektivvertrag, der Frauen- und Kinderzuschlag, die Arbeitsinspektion, die namentlich in den Bergwerken außerordentlich gut organisiert sei und schließlich die Vertretung der Arbeiter im Reichswirtschaftsrat. In Polen existierten die meisten dieser Gewerkschaften nicht und ihre Einführung sei bis jetzt nicht vorgegeben. Der polnische Reichstag habe wohl ein Gesetz zugunsten der Unabhängigkeit Schlesiens angenommen, demzufolge die Gewerkschaften ihre Bezüge behalten sollten, von anderen Arbeitergesetzen aber sei keine Rede. Konstant habe erklärt, er habe nicht die Absicht, die Kapitalisten zu bekämpfen.

Internierten-Freilassung.

Dem deutschen Botschafter in Paris ist eine Note der Botschafterkonferenz zugegangen, in der mitgeteilt wird, daß bei der polnischen Regierung Schritte erfolgen, um die Freilassung verschleppter deutscher Geiseln zu erwirken. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung ersucht, auch ihrerseits die angeblich in Deutschland internierten Polen herauszugeben. Es sind zwei Listen mit zusammen 117 Namen hinzugefügt.

Ein Geheimbericht Le Ronds.

Der „Tag“ veröffentlicht einen angeblichen Geheimbericht Le Ronds an die französische Botschaft in Berlin. Der französische General behauptet darin, daß über ganz Deutschland sich ein dichtes Netz von Organisationen erstreckt, in dem Verbungen für den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien betrieben werden. General Hoefler erhalte seine Instruktionen von Berlin aus. Die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens leiste Spionage für die Hoeflers, während die deutsche „Armee“ in der Hand Hoeflers immer stärker werde, verliere Konstant mehr und mehr seine Popularität. Deshalb haben sich die Entenvertreter dahin geeinigt, daß Konstant seine Organisation